



# Protokollauszug

aus der  
48. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam  
vom 06.03.2019

---

öffentlich

**Top 6.11 Grundstücksverkäufe zum Höchstgebot stoppen  
18/SVV/0868  
abgelehnt**

Die **Ausschüsse für Finanzen und Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr** sowie der **Hauptausschuss** empfehlen, den Antrag **abzulehnen**.

**Antrag zur Geschäftsordnung:**

Der Stadtverordnete Wohlfahrt beantragt namens der Fraktion DIE aNDERE, namentliche Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter städtischer Betriebe - beauftragt, dafür zu sorgen, dass künftig keine Baugrundstücke und Wohnimmobilien der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer kommunalen Unternehmen mehr zum Höchstgebot verkauft werden.

Alle laufenden Höchstgebotsverkaufsverfahren, die die Stadt selbst für kommunale Wohn- und Baugrundstücke durchführt oder die im Auftrag der Stadt oder städtischer Betriebe durchgeführt werden, sind abubrechen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2019 über die Umsetzung des Auftrages informiert werden.